

**Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
 EHRENVORSITZENDER DER  
 KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
 MINISTERPRÄSIDENT A.D.

## „Spiritualität und Politik“

11. April 2012

KONGRESS DER GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER MÄNNER UND FRAUEN

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Was unter Politik zu verstehen ist, vermag ich so einigermaßen zu definieren. Schließlich habe ich Politische Wissenschaft studiert und unvorhergesehener Weise danach über mehr als fünfzig Jahre Politik betrieben. Aber was ist unter Spiritualität zu verstehen und wie soll ich Spiritualität definieren? Das Wort ist in aller Munde und kluge und weniger kluge Leute – Atheisten und Theologen – reden und schreiben viel darüber. Viele Definitionen verwirren mich allerdings mehr als dass sie mir Klarheit verschaffen.

Der Redaktion des „Hirschberg“ bin ich darum ausdrücklich für ihr monatelanges, kontinuierliches Bemühen, Klarheit zu schaffen, dankbar. Insbesondere Michael N. Ebertz für seinen grundlegenden Eröffnungsbeitrag im November 2011 und der „Meilenstein-Planungsgruppe Spiritualität“ im Februar 2012. Aber auch Beiträge in der aktuellen April-Nummer, etwa von Benno Kuppler und Franz-Josef Nocke.

Für mich heißt Spiritualität, dass man nicht nur seinen Beruf, sondern sein ganzes Leben nicht ohne Erdung meistern kann. Dass man sich Klarheit darüber schaffen muss, warum man lebt, was man aus seinen Anlagen und Fähigkeiten machen will, auf welche Ziele hin man lebt, wie man – wie es heute gerne formuliert wird – ein erfülltes Leben führen kann.

„Eigene Wege sind schwer zu beschreiben; sie entstehen ja erst beim Gehen“, zitiert Martin Suschek (Hirschberg 11/2011) den Liedermacher und Philosophen Heinz-Rudolf Kunze. Genau das ist meine Erfahrung, und darum erlaube ich mir, wenn auch ein wenig

mit Unbehagen, auf meinen eigenen Weg einzugehen, ohne ihn beschönigen oder rechtfertigen zu wollen.

Für mich begann die Suche nach dem Sinn meines Lebens an einem Nachmittag auf dem Schulhof meines Giessener Gymnasiums. Es muss 1948 gewesen sein. Ich war noch nicht sechzehn Jahre alt und Regens Kuch, damals geistlicher Leiter der Jungengemeinschaft des Bundes Neudeutschland, forderte mich auf, Mitverantwortung für die Gründung einer „Ritterrunde“ in unserer Diaspora-Pfarrei zu übernehmen. Er drückte mir dazu ein „Hirschberg-Programm“ in die Hand. Ein Schulkamerad hatte mich zuvor neu für meinen Glauben begeistert. Und ein Pfarrer, der uns fünf oder sechs katholischen Schülern einmal in der Woche Religionsunterricht gab, begeisterte uns für unsere Pfarrei. Anders als später mein Religionslehrer in München, der uns Wissen vermittelte, bezog er uns in das alltägliche Leben der Pfarrgemeinde mit ein. Von ihm habe ich die Freude am Glauben gelernt. Sie hat mich bis heute nicht verlassen.

Mein Elternhaus, die katholische Mutter, der evangelische Vater, hatte mir die Offenheit für die Welt, das Interesse für Geschichte und Politik mitgegeben, meine religiöse – wenn Sie so wollen meine spirituelle – Prägung aber verdanke ich dem ND. In ihm hat sich mir langsam und schrittweise erschlossen, welchen geistigen und materiellen Trümmerhaufen uns Hitler hinterlassen hat. Die frühe Lektüre von Eugen Kogons Buch „Der SS-Staat“ hat mich die Katastrophe des Holocaust erahnen lassen.

Das Hirschberg-Programm und sehr bald die katholische Soziallehre wurden zu meinem

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

## **Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Sturmgepäck – und sind es bis heute geblieben. „Lebengestaltung in Christus“, Lebengestaltung in uns und um uns, in Seinem Geist die Ordnung der Welt mitgestalten, Selbstverantwortung übernehmen, wurden zu meinen Schlüsselbegriffen. Die großen Sozialenzyklen – damals *Rerum novarum* und *Quadragesimo anno*. Die Christuskreise von Pater Esch, Pater Manuwald und Pater Thielen. Das Evangelium vom Ostermontag, Lukas 24,13: Der Gang der Jünger nach Emaus. Der große Oswald von Nell-Breuning haben sie mir erschlossen. Ich wollte Theologie studieren, am liebsten hier in Münster, im Borromaeum, und Priester werden, aber meine Eltern wollten es nicht.

Als ich meinem Münchner Religionslehrer nach dem Abitur sagte, ich wolle Soziologie studieren, meinte der: „Bei der Soziologie fangen Sie an, bei der *Societas Jesu* werden Sie enden.“ Und er sollte in gewisser Weise Recht behalten: Mein erstes Geld habe ich mir als Jugendbildungsreferent an einem von Jesuiten geleiteten Sozialinstitut in Mannheim verdient, das Erwachsenenbildung betreiben und die katholische Soziallehre auch wissenschaftlich weiterentwickeln wollte. Heinrich Pesch, der Lehrer von Nell-Breuning, und Gustav Gundlach gaben dem Institut seinen Namen. Ich hielt u. a. Zweijahreskurse über christliche Soziallehre ab für Arbeiter der großen Mannheimer und Ludwigshafener Industriebetriebe, die wir schulen und für die Kandidatur zum Betriebsrat, aber auch für kommunale Parlamente befähigen wollten.

Mein Studium wandte sich zusehends stärker der Politischen Wissenschaft und der neueren Geschichte zu. In Dolf Sternberger – dem liberalen Heidelberger Gelehrten und Publizisten – fand ich meinen Lehrer („Begriff des Politischen“, „Grund und Abgrund der Macht“, „Drei Wurzeln der Politik“ – Verfassungspatriotismus). Nach der Promotion blieb ich als Assistent an der Universität, übernahm einen Lehrauftrag und begann an einer möglichen Habilitation zu arbeiten. Auf die Idee, Politiker zu werden, bin ich nicht gekommen. Schon weil meine Lehrer meinten, wer Politik als Wissenschaft betreiben wolle, solle selbst nicht in eine Partei eintre-

ten. Aber es kam ganz anders: ein gleichaltiger Kfz-Mechaniker überredete mich, für den Heidelberger Stadtrat zu kandidieren, natürlich auf der Liste der CDU. Schon wegen des „C“ kam nur diese Partei für mich in Frage. Vier Jahre später meinten meine „Schüler“ aus den sozialen Seminaren, wenn ich schon so kluge Reden über die Soziale Marktwirtschaft hielte, könnte ich doch auch für sie für den Bundestag kandidieren.

Vier Jahre Bundestag, eine Legislaturperiode Praxiserfahrung, reizten mich. Ich kandidierte und wurde sogar gewählt, im pfälzischen Wahlkreis Neustadt-Speyer, 1965. Als 1967 in Mainz eine neue Regierung gebildet wurde, forderte mich Helmut Kohl auf, Kultusminister im Kabinett von Peter Altmeier zu werden. So etwas lehnt man mit 34 Jahren nicht ab.

Zehn stürmische Jahre begannen für mich, die 68er Jahre. Wir Kultusminister waren die Prügelknaben der Nation mit meist nur sehr kurzer Amtszeit.

Von mir aus um ein politisches Amt habe ich mich erstmals 1974 beworben; um den Parteivorsitz in Rheinland-Pfalz, als Helmut Kohl zum Bundesvorsitzenden gewählt worden war. Die Konsequenz daraus war, dass ich 1976 Helmut Kohl auch als Ministerpräsident folgte, für zwölf Jahre bis zu meiner Niederlage im November 1988. Die Wunden, die diese Niederlage schlugen, sind verheilt, aber die Narben sind geblieben.

Dass ich gut drei Jahre später Ministerpräsident von Thüringen wurde, ist nicht mein Verdienst. Die singuläre Situation in den jungen ostdeutschen Ländern nach dem Fall der Mauer war der Grund. Man bat mich um Hilfe und ich wollte helfen. Das größte Abenteuer meines Lebens begann und es dauerte fast zwölf Jahre und es stellte meine Spiritualität und vieles, was ich bisher erlebt hatte, auf viele, harte Proben.

Wenn ich heute dankbar auf mein Leben zurückblicke – noch ist es nicht abgeschlossen, aber seine letzte Phase hat begonnen – dann hat das –, soweit ich das selbst beurteilen kann – zwei Gründe: die Spiritualität und die Politik.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

## **Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Spiritualität heißt für mich, im Glauben geredet zu sein. Zu wissen, dass wir Geschöpfe Gottes sind, dass wir uns auf Gott verlassen können und trotz aller kritischen Fragen und ungelösten Probleme auch auf unsere Kirche, der Christus versprochen hat, dass sie die Mächte der Unterwelt nicht überwältigen werden. Im Wissen, dass unsere Fähigkeiten begrenzt sind, dass wir Fehler machen, dass wir den Anderen brauchen, dass auch der Andere Recht haben kann, dass der Herr uns aber nicht verlässt, dass er uns trägt.

Spiritualität heißt für mich beten – auch wenn es im stürmischen Alltag mitunter nur das Kreuzzeichen vor dem Einschlafen ist. Heißt, sich seine Geisteshaltung bewahren, niemals ganz im Alltag untergehen, heißt, regelmäßig neue Kräfte sammeln. Die Initiative, jedes Jahr dreißig bis vierzig Politiker aus allen demokratischen Parteien um den Dreikönigstag für drei Tage in Maria Laach zu Besinnungstagen einzuladen, geht auf diese Überzeugung zurück. Auch, dass sich ein Kreis von Freunden, gleichermaßen in unserer Kirche wie in der Politik engagiert, seit mehr als dreißig Jahren regelmäßig trifft, um nachzudenken und gelegentlich einen Zwischenruf zu wagen, wie z. B. zur Aufforderung, zwar den Zölibat nicht abzuschaffen, aber daneben auch im Glauben, in der Familie und im Beruf bewährte Männer, viri probati, zu Priestern zu weihen. Ohne einen archimedischen Punkt, ohne Orientierung an verlässlichen Werten, ohne Wertgerüst kann man auf Dauer nicht existieren und ein sinnvolles Leben führen. Ich fürchte, die Beter sorgen sich zu wenig um Politik und die Politiker beten zu wenig.

Der zweite Grund: Die Politik.

Und was heißt Politik?

„Politik ist die Kunst des Möglichen“, lautet ein geflügeltes, wohl auf Bismarck zurückgehendes Wort. Das heißt – protestieren Sie bitte nicht –, Politik ist eine Kunst, nicht, weil sie Unmögliches, sehr wohl aber, weil sie Mögliches möglich machen soll. „Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede“ (Dolf Sternberger, Begriff des Politischen, Bd. IV, S. 304), das heißt – und wir

hören diese Wendung fast täglich –, Konflikte sollen politisch gelöst werden, friedlich, durch Verhandlung und nicht durch wechselseitiges Sich-tot-Schlagen.

Das Wesen des Friedens ist es nicht, den Streit abzuschaffen, sondern vielmehr ihn zu regeln, ihn zu schlichten, Frieden herzustellen, zu bewahren und zu verteidigen. Politik hat es – seit Aristoteles – mit der Stadt, dem Staat als einer Bürgergesellschaft, mit der Verfassung, mit der besten Verfassung zu tun. „Nur in der polis kann der Mensch, der als isolierter Einzelner nicht zu seiner Menschlichkeit käme, als Mensch leben und sich verwirklichen. Er ist ein zoon politikon.“ Sie hat es mit der Außen- und mit der Innenpolitik zu tun. Auf sie will ich mich heute Abend konzentrieren.

In unserem Land wogt, wie sich das gehört, heftiger Streit, und umso notwendiger ist es, Frieden in Deutschland zu schaffen und zu bewahren. Auch und gerade wir Christen müssen uns um die Politik kümmern, natürlich um die Außen- und Sicherheitspolitik, um die Europapolitik, aber ganz besonders um die Innenpolitik.

„Christ sein heißt politisch sein“ titelt Reinhard Kardinal Marx sein jüngstes Buch. Denn: „An den menschenfreundlichen Gott zu glauben heißt, sich für eine menschenfreundliche Welt einzusetzen. Leib und Seele, irdisches Wohl und ewiges Heil sind nicht zu trennen, sondern aufeinander zu beziehen.“ Darum habe ich mich auf die Politik eingelassen. Anfangs, weil man mich darum gebeten hat, weil andere meinten, ich werde gebraucht und später, weil ich selbst wollte. Auch weil ich dankbar bin, in diese Zeit und in dieses Land hineingeboren worden zu sein. Ich möchte in keiner anderen Zeit leben. Ich habe mich engagiert, weil ich – verzeihen Sie den hohen Anspruch – dienen wollte.

Sollen wir uns tatsächlich nicht schämen, uns auf das vermeintlich schmutzige Geschäft der Politik einzulassen? Ehrenamtlich im Gemeinderat oder im Kreistag oder gar hauptamtlich in Land und Bund? Kann man sich zu einem Beruf bekennen, der – zumal in Deutschland – in schlechtem Ruf steht?

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

## **Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

In einem verheerend und beschämend schlechten Ruf. Feuerwehrleuten, Krankenschwestern, Piloten und Apothekern vertrauen die Deutschen am meisten. Auf die letzten Plätze kommen Finanzberater, Fußballer, Autoverkäufer und Politiker. Ich meine nicht trotzdem, sondern gerade deswegen muss man sich einlassen.

Und was heißt sich auf Politik einlassen?

Es heißt, sich zum Grundgesetz bekennen, zu seinem Kernsatz, dem ersten Satz des ersten Artikels „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und „sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ und zu den daraus hergeleiteten Grundrechten. Das ist unsere Antwort auf die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber auch auf den Unrechtsstaat der DDR. Auf Politik sich einlassen, heißt aber auch, sich zu Artikel 20 „Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ und zu Artikel 79, der Artikel 1 und 20 und die Gliederung des Bundes in Länder und die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung unabänderlich festschreibt, zu bekennen.

Sich auf Politik einlassen, heißt konkret, sich zum Föderalismus bekennen und das parlamentarische Regierungssystem zu akzeptieren, mit dem wir Folgerungen aus dem Scheitern von Weimar gezogen haben. Heißt Bundesverfassungsgericht, heißt aber auch, dass Parteien an der Willensbildung des Volkes mitwirken, und dass sie verboten werden können, wenn sie „nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche, demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen“ (Art. 21).

Hoffentlich gelingt es, dies der NPD nachzuweisen und ein Verbot zu erreichen!

Wir brauchen politische Parteien. Sie sind seit langem Zielscheibe besonders heftiger öffentlicher Kritik. Sie sind gleichwohl unverzichtbar. Jeder nimmt ihre Dienste ganz selbstverständlich täglich in Anspruch, aber die Zahl derer, die bereit sind, in ihnen mitzuarbeiten, geht stetig weiter zurück. Zu ihren Aufgaben gehört es, Führungspersonal

zu rekrutieren und heranzubilden, Kandidaten für öffentliche Ämter zu benennen, für sie um Mehrheiten zu werben, sie im Amt zu unterstützen. Zu ihren Aufgaben gehört es auch, darzulegen, wie es weitergehen soll, was ihre Ziele sind und wie sie erreicht werden sollen. Sie müssen ihr Programm darlegen und vor Wahlen ihr Wahlprogramm formulieren. Sie müssen sich voneinander unterscheiden.

Eine Partei, die in allen Punkten meinen Vorstellungen entspräche, bestünde wohl nur aus mir allein. Also muss ich mich daran orientieren, welche Partei meinen Vorstellungen am ehesten entspricht. Volksparteien zwingen mich zu vielen Kompromissen, aber sie ersparen es mir, dass diese Kompromisse nach der Wahl ohne mich ausgehandelt werden müssen.

Die SPD als älteste deutsche Partei prägt eine lange, ehrwürdige Tradition. Sie hat als einzige die NS-Diktatur in der inneren und äußeren Emigration überstanden. Ich wähle sie nicht, aber ich zolle ihr Respekt.

Für mich war der Markenkern der Union, so wie er von Christen beider Konfessionen nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands formuliert worden ist, waren ihre drei Wurzeln – christlich-sozial, liberal und wertkonservativ – und ihr politischer Gestaltungswille in den letzten 65 Jahren entscheidend. Das „C“ als Verpflichtung, nicht als Anspruch verstanden.

In Thüringen habe ich erfahren, dass man auch in einem Land, in dem nur zwanzig Prozent Protestanten und nur sieben Prozent Katholiken leben, mit ihrem Namen und mit ihrem Programm bei Wahlen absolute Mehrheiten erreichen kann.

Wer sich einer Partei anschließt oder gar für sie ein Mandat anstrebt, sollte auf seine Unabhängigkeit achten. Er oder sie sollten sich zuvor beruflicher Unabhängigkeit versichern. Vorsicht vor Leuten, die sich unmittelbar nach ihrem Studium entschließen, Politiker zu werden.

Der schlechte Ruf, den Parteien gegenwärtig genießen, hat Gründe: Sie liegen in den

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Parteien selbst. Politiker gehen häufig miteinander um, wie normale Menschen nicht miteinander umzugehen pflegen, wie beispielsweise ein Oppositionsführer, der die Regierung als Bande von Halbstarren oder als Gurkentruppe bezeichnete. Man sollte die Bundeskanzlerin nicht einen Verfassungsgewordnen nennen. Sie erwecken häufig den Eindruck, statt um die beste Lösung eines Problems zu ringen, sich gegenseitig die Ehre abzuschneiden. Sie gehen oft allzu leichtfertig mit der Sprache um und verspielen ihre Glaubwürdigkeit durch mangelnde Nachhaltigkeit. Sie begründen ihre Entscheidungen nicht so, dass der einfache Mann sie nachvollziehen kann. Und dennoch, meine Erfahrung lehrt mich: Die weit überwiegende Zahl unserer politischen Repräsentanten will ihrer Aufgabe mit Anstand, Fleiß und Ausdauer dienen.

Auch die Wähler selbst tragen zum schlechten Ruf der Parteien bei, indem sie sie überfordern und nicht immer berücksichtigen, was ihre Aufgabe zu sein hat. Parteien neigen dazu, viel zu versprechen, aber Wähler neigen dazu, sich von Versprechungen verführen zu lassen. Viele Wähler fällen ihre Wahlentscheidung in immer kürzerer Distanz zum Wahltag und lassen sich von zufällig aktuellen Tagesfragen leiten, statt zu bedenken, dass wählen heißt, auf Zeit eine Vollmacht für Entscheidungen zu erteilen, die am Wahltag noch nicht auf der Tagesordnung stehen, dass wählen Vertrauenssache ist und man sich darum am Koordinatensystem des Bewerbers orientieren sollte.

Parteien müssen sich streiten, müssen um Wählerstimmen kämpfen. Wehe, ein Kandidat hat sich bis zum Wahltag seine Schuhsohlen nicht abgelaufen. Für den Wahlabend habe ich mir stets zwei Sprechzettel vorbereitet: einen für Sieg, einen für Niederlage. Ein Hochgefühl durchzieht den Spitzenkandidaten, wenn er und seine Partei die absolute Mehrheit erreicht. Nur an den nächsten Wahltag sollte man dabei nicht denken. Nichts ist schwerer zu verteidigen als eine einmal erreichte absolute Mehrheit.

Man kämpft gegen die gegnerische Partei, aber ich habe auch erfahren, dass man mitunter unter seiner eigenen Partei mehr lei-

den kann als unter der Konkurrenz. Manchen Erfolg erringt sie nicht, weil sie besser ist, sondern weil wir so dusselig waren, den Sieg zu verspielen.

Politik heißt Entscheidungen treffen, zumal in einem Regierungsamt. Viel häufiger, als man meint, geht es gar nicht um richtig oder falsch, es muss nur entschieden werden – oft binnen weniger Stunden. Soll man zu einem neu aufflammenden Thema am nächsten Tag im Landtag eine Regierungserklärung abgeben oder das einem Minister überlassen? Soll in einem Gesetzentwurf das Einvernehmen mit dem Innenminister vorgesehen werden oder nur das Benehmen? Soll für eine Industrieansiedlung eine Stadt im Norden oder im Süden angeboten werden?

Aber es geht natürlich auch um sehr grundsätzliche, oft auch ethische Fragen. War es richtig, dass das Land Rheinland-Pfalz zum Schutz des ungeborenen Kindes das Bundesverfassungsgericht angerufen hat? Oder hatten wir ein Urteil zu befürchten, das unseren Gegnern Recht gab und unsere Position zusätzlich schwächte? War es richtig, nicht gegen die internationale Flugschau in Ramstein 1988, bei der es viele Tote gab, kein Veto einzulegen? Wurden wir somit schuldig am Tod von über siebzig Menschen? Die Katastrophe am Erfurter Gutenberg-Gymnasium, wo ein ehemaliger Schüler 16 Menschen ermordete, konnten wir nicht verhindern, aber wie sollten wir eine erschütterte, schockierte Stadt, ein ganzes Land trösten und wieder aufrichten? War es zu verantworten, in den neunziger Jahren höhere Schulden aufzunehmen als beispielsweise das Nachbarland Sachsen, aber dadurch zu erreichen, dass die Arbeitslosigkeit in Thüringen seit zwei Jahrzehnten niedriger liegt als in den anderen jungen Ländern?

Auf was darf man bei Koalitionsverhandlungen verzichten? An was muss man sie notfalls scheitern lassen und sei es um den Preis, in die Opposition gehen zu müssen und auf jedes Regierungshandeln ohne Einfluss zu sein?

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

## **Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wer keine Kompromisse schließt, kann nicht regieren. Wer nicht kompromissbereit ist, verliert vor allem vor den Wählern sein Gesicht und trägt zu steigender Verdrossenheit bei. Hier geht es in Wahrheit nicht um Parteiengedank, sondern oft um das eigene Profil, auch um den eigenen Wertekanon.

In einer Koalition dürfen sich die Partner nicht überfordern; beide müssen den Erfolg der gemeinsamen Regierung wollen. Es muss ein Klima des Vertrauens herrschen, der eine darf dem anderen nicht zumuten, sein Gesicht zu verlieren. Sonst schadet man dem Land und übrigens auch sich selbst.

Ein Politiker sollte Kenntnis der Vergangenheit, Gespür für zukunftssträchtige Entwicklungen, schöpferische Kombinationsgabe, Tatkraft und Mut, aber auch die Fähigkeit zur Koordination, zur Unterscheidung und zum Ausgleich der Interessen haben. Er braucht Augenmaß, Leidenschaft und Verantwortung und vor allem Vertrauen, Sachlichkeit und Nüchternheit. Die Verantwortungsethik rangiert vor der Gesinnungsethik. Ein Politiker muss Partei ergreifen, muss ordnen und gestalten wollen. Guter Wille und moralische Unbescholtenheit allein reichen nicht aus. Max Weber hat Recht: Politik heißt das Bohren dicker Bretter. Der Rat von Fachleuten ist wichtiger geworden, weil die Zusammenhänge vielschichtig, komplizierter und undurchschaubarer geworden sind. Allerdings ist ihr Rat auch wohlfeiler geworden.

In den letzten Jahren wird die Forderung nach mehr unmittelbarer Demokratie, auch auf Bundesebene, immer lauter. Es ist an der Zeit, dieses Thema nicht vor uns herzuschieben. Eine grundsätzliche Diskussion ist dringend notwendig. Auch wenn ich jetzt sicher heftigen Widerspruch finde, ich bin skeptisch. Taugt direkte Demokratie als Korrektiv zum Parteienstaat? Kann sie die viel zitierte Machtvergessenheit und Machtversessenheit der Parteien begrenzen? Ist sie tatsächlich ein Mittel gegen die allgemeine Unzufriedenheit mit Politik und Parteien? Lässt sie sich in unsere parlamentarische Demokratie einfügen? Wir sollten den Erfahrungshintergrund der Väter unseres

Grundgesetzes – die gescheiterte Weimarer Republik – nicht übersehen. Theodor Heuss meinte damals: „Plebiszite sind eine Prämie für jeden Demagogen.“

Nicht jeder Sachverhalt lässt sich auf eine Frage, die mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann, zusammenziehen. Die Beteiligung an der Debatte ist nicht jedermann in gleichem Ausmaß möglich. Wir haben es bei „Stuttgart 21“ erlebt: Über Monate konnte man die Meinung haben, ganz Stuttgart sei gegen „Stuttgart 21“. Die Öffentlichkeit, die öffentliche und die veröffentlichte Meinung standen auf der Seite der Gegner. Als abgestimmt wurde, stellte sich heraus, sogar in Stuttgart selbst war eine deutliche Mehrheit für das Projekt. Der Student, die rüstige Rentnerin, die nicht berufstätige Professorin können sich wesentlich aktiver an der Debatte beteiligen, als der Arbeitnehmer, der morgens um sieben bei Daimler sein muss, abends heimkehrt und dann noch die Hausaufgaben seiner Kinder kontrollieren muss. Plebiszitäre Elemente sind mitunter nicht frei von Egoismus nach dem Sankt-Florian-Prinzip. Man will den nahen Autobahnanschluss und den neuen Kindergarten, aber doch nicht im eigenen Wohnquartier.

Auf meine besonderen Bedenken stoßen Forderungen nach Volksabstimmungen zu Fragen der europäischen Einigung. Leider spricht die Erfahrung – in Frankreich und den Niederlanden zum Beispiel – dafür, dass jede europabezogene Abstimmung zu einer Abstimmung über die nationale Regierung wird, nicht zu einer Abstimmung über Europa. Hinter der Vorstellung, dass eine Demokratie, in der jeder auch zu einzelnen Sachfragen sein Votum abgibt, demokratischer sei als eine parlamentarische Demokratie, steht die Sehnsucht nach dem Areopag in Athen. Nur, dass im antiken Athen fünfhundert Bürger abstimmungsberechtigt waren, nicht achtzig Millionen. Und es steckt die Sehnsucht dahinter, dass das Volk sich nicht täuschen könne. Aber wie gesagt, dieses Thema bedarf der intensiven Diskussion.

Politik und Politiker stehen in einer Demokratie nicht nur unter der Kontrolle des Souveräns, des Wählers, sie stehen auch

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

unter der täglichen Kontrolle der veröffentlichten Meinung. Das ist gut so und unverzichtbar; die Pressefreiheit ist eines unserer höchsten Güter. Es gibt keine Demokratie ohne Transparenz und ohne Kontrolle. Aber auch die Medien müssen sich Kritik gefallen lassen, auch sie sind nicht unfehlbar. Auch sie haben Anlass zu selbstkritischer Betrachtung. Entscheidend ist, dass Nachricht und Kommentar getrennt bleiben. Der Bürger muss den Sachverhalt zur Kenntnis nehmen können und soll getrennt davon erfahren können, was die Meinung des Kommentators ist. Schon durch die Auswahl der Meldungen und durch ihre Platzierung, mitunter schon durch die Überschrift, wird Meinung gebildet. Auch nach der Spiritualität von Journalisten darf gefragt werden. Bei aller Notwendigkeit einer kritischen Begleitung, der Respekt vor dem gewählten Amtsinhaber darf nicht verloren gehen.

Mit dem Siegeszug des Internets verändert sich Vieles, auch für die Politik. Mehr als ich jetzt noch darlegen kann. Ich empfehle eine eigene Vortragsreihe „Spiritualität und Internet“. Sie sollte sich auch mit den Piraten befassen. Sie bereiten mir keine allzu großen Sorgen. Entweder sie finden ihren Markenkern und werden zu einer auf Dauer angelegten neuen Partei. Wäre das so schlimm? Oder sie verschwinden bald wieder aus unseren Parlamenten.

Unsere Kirche hat es mir erleichtert und erschwert, Jahrzehnte in der Politik durchzuhalten. Es gab manchen Zuspruch und manches ermutigende Wort. Kardinal Lehmann hat uns sogar wegen unseres Zwischenrufes zu den *viri probati* öffentlich in Schutz genommen. Aber es gab auch viel Kritik, die meinen protestantischen Kollegen erspart geblieben ist. Weil ich mich für *donum vitae* einsetze, grüßt mich mancher Bischof nur am Rande der Höflichkeit. Noch ist es mir nicht wie Hans Maier ergangen. Aber ich habe ja auch noch kein so überzeugendes Buch wie er geschrieben. Dass ich zusammen mit Johannes Rau gegen die Berufung des Berliner Bischofs zum Kölner Erzbischof Erinnerung erhoben habe, wie es in der Sprache des Konkordates heißt, hat man mir bis heute nicht verziehen.

Wenn das Ziel der Politik der Friede ist, muss das Ziel der Politik das Gemeinwohl sein, das heißt, das allgemeine Beste, das *bonum commune*, der gerechte Ausgleich der Interessen. Jeder muss für sich und die Seinen sorgen können, und der Staat muss dafür sorgen, dass er das kann. Er muss die Rahmenbedingungen vorgeben. Und wer sich selbst nicht helfen kann, weil er krank oder behindert, noch zu jung oder schon zu alt ist, muss Hilfe erfahren, so lange er diese Hilfe braucht. „Keiner darf verlorengelassen.“ (Konrad Adenauer) Soziale Gerechtigkeit zu sichern, gehört zu den vornehmsten, aber auch herausforderndsten Pflichten der Politik. Wir dürfen uns mit dem Erreichten nie zufrieden geben.

Vor allem aber braucht Politik Vertrauen. Dass es an diesem Vertrauen mangelt, scheint mir gegenwärtig die schwerste Belastung unseres Gemeinwesens zu sein. Es fehlt uns am Vertrauen der Regierten zu den Regierenden und der Regierenden zu den Regierten. Hier müssen wir ansetzen, wenn wir unser Gemeinwesen im Lot halten wollen. Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Authentizität schaffen die notwendige Vertrauensbasis. Nur wer ehrlich ist, loyal und standfest, gewissenhaft und ordentlich handelt, wer kein falsches Spiel spielt, sich nicht hinter einer Maske versteckt, sich nicht verstellt, dem wird Vertrauen entgegengebracht. Nur wer nicht tut, was man nicht tut, verdient Vertrauen. Wer jemandem Vertrauen schenkt, der wird es in der Regel nur auf Grundlage weitgehend übereinstimmender Wert- und Moralvorstellungen tun. Weichen diese voneinander ab, fehlt die Basis für Vertrauen. Das gilt auch für die Politik.

Vielen Dank, dass ich Ihnen und Euch darlegen durfte, wie mich die Frage, wie man leben soll, seit Schülertagen umtreibt, wie ich versucht habe, Spiritualität und Politik auf einen Nenner zu bringen. Lange Zeit habe ich gemeint, *Vita activa* oder *Vita contemplativa* seien miteinander unvereinbar. Welches von beiden ist das richtige Prinzip? Heute meine ich, es ist keine wirkliche Alternative. Ich finde bestätigt, wer ein aktives Leben lebt, braucht Kontemplation und wer ein kontemplatives Leben lebt, braucht

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**Münster**

PROF. DR. BERNHARD VOGEL  
EHRENVORSITZENDER DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.  
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

**11. April 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Aktivität. Gregor der Große hat Recht: Aufgabe des aktiven Lebens ist es, den Hungernden Brot zu geben. Aufgabe des kontemplativen Lebens ist es, an der Liebe zu Gott und den Nächsten festzuhalten.

Es darf auch im aktiven Leben der Mittelpunkt nicht aus dem Blick geraten. Es darf im alltäglichen Tagesgeschäft nicht in Frage gestellt werden, warum wir dieses Tagesgeschäft betreiben. Ein Mensch, der nicht zur Kontemplation fähig ist, ist auch nicht wirklich zu einer Vita activa befähigt. Politik ist ein Dienst, dem man sich mit Leidenschaft und Augenmaß widmen muss (Max Weber) und Bürger sein heißt, auf sich selbst und auf den Mitmenschen zu achten.

Bitte engagieren Sie sich! Als Bürger – wie und wo auch immer. Einige von Ihnen vielleicht sogar in der Politik.

Die Schwestern und Brüder aus der KMF, die NDer und unter uns verweise ich noch einmal auf den Beitrag von Franz-Josef Nocke in der April-Nummer des Hirschberg: Wir sangen: Vergiss nicht das Feuer, bleib auf der Wacht! Hütet die Flamme. Begreift das Volk Gottes als wanderndes Volk auf dem Weg. Bleibt nicht stehen! Versteht mit Franz-Josef Nocke, dass die Begegnung mit Gott sich in der Begegnung unter Menschen vollzieht.